

# Leipziger Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 396

Hauptredaktion: Dr. Eberth, Leipzig

Mittwoch, den 20. August

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

### Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

#### Verabschiedung des Erbschaftssteuergesetzes

Weimar, 20. August. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Die Nationalversammlung hat heute vormittag das Erbschaftssteuergesetz verabschiedet. Bekanntlich haben die beiden Mehrheitsparteien im Ausschuss die Höhe von 155 000 Mark an ganz erheblich, fast um die Hälfte, verschärft. Die Deutsch-Nationalen gaben zu Anfang die Erklärung ab, daß der größte Teil ihrer Fraktion gegen die Verschärfung sei, während die Deutsche Volkspartei durch den ehemaligen hessischen Finanzminister Becker die Ausschussfassung aufs schärfste bekämpfte. Nach einer ziemlich ausgedehnten Erörterung wurden sämtliche Abänderungsanträge der Rechte abgelehnt und das Gesetz in der Ausschussfassung mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten und Unabhängigen angenommen.

Der viel umstrittene § 25, der den Tarif enthält, erhält folgende Fassung:

Die Erbschaftsteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 20 000 Mk. des steuerpflichtigen Erwerbs in der	I.	II.	III.	IV.	V.	VI. Klasse
	4	5	6	8	10	15 Proz.
für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 Mk.	5	6	8	10	12	20
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk.	6	8	10	12	15	25
für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mk.	8	10	12	15	20	30
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 Mk.	10	12	15	20	25	35
für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 Mk.	12	15	20	25	30	40
für die nächsten angefangenen oder vollen 1 000 000 Mk.	15	20	25	30	35	40
für die nächsten angefangenen oder vollen 2 500 000 Mk.	20	25	30	35	40	50
für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 000 Mk.	25	30	35	40	45	55
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 000 Mk.	30	35	40	45	50	60
für die weiteren Beträge	35	40	45	50	60	70

Die Steuer erhöht sich um je 1 Prozent ihres Betrages, und zwar (soweit das zurzeit des Erbanfalls bereits vorhandene Vermögen des Erwerbers 100 000 Mark, aber nicht 200 000 Mark übersteigt, für je angefangene 10 000 Mark; soweit das vorhandene Vermögen 200 000 Mark übersteigt, für je angefangene 20 000 Mark.

Der Zuschlag darf die Hälfte des 100 000 Mark übersteigenden Betrages des vorhandenen Vermögens nicht übersteigen, er darf nicht mehr betragen als 100 Prozent von der Steuer des Gesamtbetrages. Die Erbschaftsteuer darf nicht höher als 90 Prozent des Erwerbes sein; bei Erbanfällen vor dem 1. April 1935 wird die Steuer für jedes volle Jahr bis zum 1. April 1925 zurück um 1 Prozent, für jedes weitere vorhergehende Jahr um 2 Prozent ermäßigt.

Für die Erbschaftsteuer werden aus der Minderung des § 25, Abs. 1, als Mehrertrag rund 117 Millionen Mark gegenüber der früheren Berechnung angenommen. Für die Zuschläge nach § 25, Abs. 2, in der neuen Fassung werden etwa 80 Millionen Mark angesetzt. Gegenüber der ersten Vorlage erhöht sich der gesamte Rohertrag somit um reichlich ein Sechstel auf 880 Millionen Mark. Von diesem Betrage werden im Hinblick auf die Gebietsverluste 10 v. H. gleich 88 Millionen Mark abzuziehen sein, so daß für das verkleinerte Reichsgebiet rund 775 Millionen Mark verbleiben.  
(Sitzungsbericht siehe Seite 2.)

#### Auswanderung

Im Zusammenhange mit den wirtschaftlichen und politischen Zuständen, die uns der unglückliche Ausgang des Krieges und die Revolution gebracht haben, tritt die schicksalsschwere Frage immer mehr in den Vordergrund: „Soll man auswandern und wohin?“ Mit ihrer Lösung beschäftigt sich seit Wochen und Monaten eine ganze Anzahl ernsthafter Artikel, Eingeladene und Anträge in den zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes, also nicht nur im Reich, beschäftigt sich aber auch allerlei dunkle Elemente und Unternehmungen, vor denen dringend gewarnt sei und denen zeitweilen durch die Presse und behördliche Ueberwachung die Möglichkeit genommen werden muß, unendliches Unheil zu stiften.

Die Frage: „Soll man auswandern?“ soll hier nicht behandelt, noch gelöst werden; darüber muß jeder mit sich selbst zu Rat gehen. Wer jedoch den Entschluß gefaßt hat, der Heimat den Rücken zu kehren, dem sollen diese Ausführungen ein Wegweiser sein in das dunkle Gebiet des Auslandes. Doch nicht allein nach den geographisch und wirtschaftlich besten Zielen soll die deutsche Auswanderung gewiesen werden, sondern nach den auch unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen am meisten zu empfehlenden Ländern. Jeder einzelne unter uns, auch wenn er nicht die Absicht hat, die Heimat zu verlassen, muß sich klar werden, daß deutsche Einwanderer für das Einwanderungsland einen großen, der ausgegebenen Heimat nicht ungefährlichen Gewinn bedeuten, wie sich dies besonders in der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung unseres gefährlichsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, namentlich im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege, gezeigt hat; hiernach müssen wir raten und handeln. Und die politische Stellung, welche die einzelnen Staaten im Weltkriege für oder gegen uns eingenommen haben, ferner die unermüdete und im gegnerischen Interesse erfolgreiche Arbeit der feindlichen Propaganda bei der Wahl der Ziele ebenfalls nicht außer Berechnung gelassen werden.

Wir müssen also unterscheiden zwischen den Gebieten der uns bisher feindlichen und der neutralen Staaten. Wenn wir die deutsche Auswanderung vor dem Kriege in Betracht ziehen, ergibt sich die brutale Tatsache, daß gerade Staaten, die ihre wirtschaftliche Entwicklung zum großen Teile dem eingewanderten deutschen Element verdanken, auf die Seite unserer Feinde trafen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, unter den englischen Kolonien insbesondere Kanada, dann Japan, Rußland, Italien, Australien und Brasilien. Wir müssen bedenken, daß die uns im Weltkriege feindlich gewesenen Länder nach Friedensschluß nicht so bald die geistige Vergiftung ausstoßen werden oder können — natürlich in verschiedenem Grade — und daß unter dieser öffentlichen Meinung jeder — und besonders der frisch einwandernde — Deutsche zu leiden haben wird. Wer das Gegenteil behauptet, wer die jetzt schon aus dem feindlichen (einwanderungsbedürftigen) Ausland zu uns bringenden Lockrufe vertrauensvoll aufnimmt und sie aufmunternd weitergibt, handelt unverantwortlich.

Die bisherigen Hauptziele deutscher Auswanderung können also aus den angegebenen Gründen zunächst nicht mehr in Betracht kommen, weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch Frankreich und England mit ihren Kolonialreichen, noch Italien; aber auch Australien oder China, Japan und Rußland kaum; ebenso wenig bedingungslos der südamerikanische Erdteil — denn hier liegen Brasilien, Bolivien, Uruguay, Peru und Ecuador, die sich durch eine Kriegserklärung an Deutschland der Entente angeschlossen haben und natürlich durch deren Verhetzung der öffentlichen Meinung beeinflusst sind.

Uruguay, die sogenannte „Orientalische Republik“ an den Ufern des La-Plata-Stromes, hatte stets große Sympathien für die französische Nation, ist auch vor dem Kriege nur spärlich von deutschen Auswanderern aufgesucht worden, ihre politische Stellungnahme war also nicht überraschend. Ecuador wird ständig von politischen Unruhen und Finanzschwierigkeiten geplagt, ist ein rein tropisches Land, stark gebirgig und mit einem nur geringen Prozentsatz von meist dem Kaufmannstande angehörigen deutschen Landsleuten durchsetzt; elende Verkehrsverhältnisse und Unsicherheit von Leben und Eigentum sind für die Verhältnisse bezeichnend. Peru schließlich, das seit dem Kriege mit Chile und dem Verluste seiner beiden besten Provinzen Tacna und Arica (Salpetergebiet) ständig eine starke französische Militärmannschaft beschäftigt, hat niemals besondere Sympathien für das Deutschland gezeigt, wenn es auch hin und wieder deutsche Ansiedler, besonders aus Chile, in seine Kaffeegüter hereinziehen versucht. Peru hat sich im Verlaufe des Weltkrieges mit seiner Presse in folchem Umfange an die Entente und besonders Frankreich gehängt, ist außerdem auch seit der Präsidentschaft Pardo y Barreda (etwa 1908) politisch wieder so unruhig geworden, daß man einer Abwanderung dahin auf Jahre hinaus nicht das Wort reden darf. Von Mittelamerika und seinen Republiken, wie Panama, Honduras, San Salvador, Costarica, Guatemala, ist keine als Auswanderungsziel zu empfehlen; einmal sind alle diese Gebiete bereits mehr oder minder stark vom Banquetum durchsetzt und werden bald vollkommen Erabantennordamerikas sein. Außerdem hatte in ganz Mittelamerika schon längere Zeit vor dem Kriege eine starke Liquidation des deutschen Vermögens und seiner Kapitalanlagen zugunsten der nordamerikanischen Invasion und an manchen Stellen sogar unter offenschäudernden Zwange der inländischen Regierungsorgane eingeseht. Bei Mexiko muß man vorberthand eine abwartende Haltung einnehmen. Das Land hatte im Verlaufe des Weltkrieges wegen der Inanspruchnahme Nordamerikas auf dem europäischen Kriegsschauplatz mehr und mehr Ruhe vor den politischen Machenschaften der nordamerikanischen Finanziers und Imperialisten bekommen; augenblicklich sehen aber diese Exzessier wieder ein, wie man liebt, und sie werden schließlich, wie einst im Falle Texas, Kalifornien oder längst in den Fällen Kub,

#### Die Folge der oberschlesischen Putzsch

Berlin, 20. August. (Drahtbericht.) Die Vorgänge in Oberschlesien haben ihre Rückwirkung gehabt. Die in Berlin geführten Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen sind, wie die „V. J.“ erzählt, heute bis auf weiteres unterbrochen worden. In Beginn der heutigen Sitzung der innerpolitischen Kommission gab der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Unterstaatssekretär Dr. von Wroblewski, eine Erklärung ab, daß die polnischen Vertreter es angeht, die Vorgänge in Oberschlesien für angelegt halten, die Verhandlungen abzubrechen, da diese eine friedliche Atmosphäre erfordern. Solange die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben seien, müßten die Sitzungen bis auf weiteres vertagt werden. Von deutscher Seite erklärte Geheimrat Loeb, daß in kürzester Zeit eine besondere Kommission zur Verapassung der oberschlesischen Frage einberufen werden wird. Die Sitzung wurde sodann aufgeschoben.

abrigens, daß die deutschen Behörden keinen Zwang auf die deutsche Preisfestsetzung ausüben wollten und könnten. Die Möglichkeit der Preisprüfungen soll erheblich vermindert werden. Ferner wird das Reichamt Sorge tragen, daß nicht mehr mit der ominösen Klausel „freibleibend“ verkauft wird. Es besteht der ernsthafte Wunsch, die Arbeitswilligen (Arbeiter wie Unternehmer, denn es gebe auch solche) wieder zur Arbeit heranzuziehen. Die Versammlung beschloß eine schweizerische Landessgruppe der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Messen zu gründen. Herr Kohnstein stellte die Errichtung eines eigenen Schweizer Hauses auf der Leipziger Messe in Aussicht.

#### Die innere Lage Deutschlands

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Brug, 20. August. (Eig. Drahtbericht.) Ein Sonderberichterstatter des „Vaterland“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Bauer in Weimar. Auf die Frage des Korrespondenten, ob das deutsche Volk sich aus seinem jetzigen Elend emporarbeiten werde, sagte Bauer: „Ich glaube das bestimmt. Zwar werden wir noch einen schlimmen und kalten Winter durchzustehen haben, aber die Geste ist gut und es werden bereits Rohstoffe, und sogar schon Vermittel, eingeführt. Das hat auf die Hebung der Stimmung einen großen Einfluß. Der starke Verlust an Steinhohlen muß durch eine ausgiebigere Verwendung der Wasserkräfte des Landes wüsgemacht werden. Wahrscheinlich werden wir die ganze Bevölkerung und Wirtschaft für die Eisenbahnen aus dieser Wasserenergie lösen können.“

Auf die Frage, ob eine Verständigung zwischen Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen in absehbarer Zeit möglich erscheine, sagte der Ministerpräsident: „Nein, denn die Unabhängigen führen eine beratige Politik, und arbeiten so mit den antichristlichen Elementen zusammen, und zwar dadurch, daß sie eine Diktatur der Ministerheften anstreben, daß wir, die wir auf einer demokratischen Grundlage stehen, uns dagegen mit aller Kraft wehren müssen.“

Der Korrespondent fragte weiter, ob in den gegenwärtigen Zuständen und Unruhen bewährte Versuche der Gegenrevolution zu erdlichen seien, die durch dieses Chaos zur Regierung gelangen möße. Bauer antwortete verneinend und fügte hinzu: „Es ist selbstverständlich, daß es noch viele Monarchisten in Deutschland gibt. Die Unabhängigen verlangen aber für sich auch das Recht, auf allerhand Arten die Ordnung zu stören. Zeitungsdrucke zu beschließen, Soldat aber königliche Offiziere eine unzulässige Rundgebung veranstalten, wird sofort „Recht auf“ geschnitten. Ihr Einfluß wird sich selbstredend verringern, sobald wir erst einmal den Krieg mit seinen Folgen ganz hinter uns haben. Natürlich suchen sie die Gelegenheit und nutzen sie aus. Bis jetzt sind wir aller Streikunruhen Herr geworden und werden dies auch weiter können. Wenn man heute Minister Roske einen Vorwurf aus seinem kräftigen Anstehen macht, kann man doch nicht in Abrede stellen, daß dieses energielose Anstehen nötig ist; dann wenn in unseren Steinhohlengruben die Ordnung nicht aufrechterhalten wird, das heißt, wenn wir die Ordnung dort nicht aufrechterhalten, dann wird die Entente das tun und auch den Rest unserer Steinhohlenwerke beschaffen.“

Schließlich stellte der Korrespondent die Frage, wie es mit der Sozialisierung Ründe. Der Reichskanzler antwortete: „Wir werden nach reiflicher Überlegung, keineswegs vorzeitig vorgehen. Ein wirtschaftlich so zusammengesetzter Körper wie der deutsche Staat kann nur auf sehr vorsichtige Weise auf diesem Gebiet Experimente machen, und außerdem haben wir keineswegs die Mehrheit hinter uns. Ich bin Präsident eines bürgerlich-sozialistischen Ministeriums, und dem muß immerhin Rechnung getragen werden.“

#### Die deutsch-schweizerischen Beziehungen

Errichtung eines Schweizer Hauses auf der Leipziger Messe.

Frankfurt a. M., 20. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Zürich meldet die „Frl.“, daß die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz: In Zürich fand im Anschluß an einen Vortrag von Geheimrat Nordens vom deutschen Reichsfinanzminister um über den Handel mit dem wiedererwachten Deutschland und über die Leipziger Messen eine sehr anregende, von vernehmlichem Geiste getragene Aussprache zwischen schweizerischen und deutschen Kaufleuten statt, zu der im Auftrag des Reichamtes in Leipzig dessen Vertreter für die Schweiz, Herr J. Kohnstein, gleichnamens der Interessenten der Leipziger Messen eingeladen hatte. Am der Veranstaltung nahm auch der deutsche Gesandte in Bern teil. Die Besprechung galt insbesondere dem Problem der deutschen Valuta, der Frage der Ein- und Ausfuhrverbote und des Jangens in den Zwangskursen, den gewisse deutsche Rohmaterialien im Handel mit dem Ausland auszustellen haben. Ein Vertreter des schweizerischen Porzellan-, Glas- und Steinhandels gab ebenso wie andere schweizerische Geschäftsleute der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Leipziger Messen ihre ihren Ruhm als Weltmessen behaupten werde, erfordere aber die Forderung, daß das Geschäft wieder auf eine gerechte Basis gestellt werde. Ein Zwangskurs von 70 Cts. für die Mark und ungerechtfertigte Kurszuschläge für das Ausland könnten den Verkehr nur hemmen und dem deutschen Außenhandel nicht dienen. Der deutsche Kaufmann dürfe ferner keine unangenehmen Ausschläge machen und müsse sich an die vereinbarten Preise halten. Der Gedanke einer ostschweizerischen Handelskammer wies an Hand von aussehenswerten Beispielen besonders auf die preisfestsetzende Tätigkeit der deutschen Preisprüfungsstelle hin. Die deutschen Fabrikanten, so führte der Vertreter der elektrotechnischen Industrie der Schweiz aus, machen nur dann die hohen Preiszuschläge, wo unser Handel auf sie angewiesen ist. Wo wie ferner eine leistungsfähige Industrie besteht, werden wir mit Waren überhäufen, welche um die Hälfte oder noch mehr billiger sind als unsere Erzeugnisse. Auch der Redner der schweizerischen Papierindustrie schilderte den Zustand, der auf der einen Seite durch das deutsche Einfuhrverbot gekennzeichnet werde. Die schweizerische Papierindustrie, die 20 000 Arbeiter beschäftigt, möchte gern wieder exportieren. Es würde für Deutschland kein Unglück sein, wenn es einmal ein paar tausend Postkarten oder dergleichen hereinläße, mit denen die Schweiz von Deutschland zu Millionen überschwenmt wird. Der von allen Seiten erhobene Ruf nach freier Einfuhr in Deutschland wurde auch vom Syndikus der deutschen Handelskammer in der Schweiz, Rechtsanwalt Wirth, nachdrücklich unterstützt. Die Angst der deutschen Behörden vor den Luxuswaren sei übertrieben. Für die entstandenen Bankstößen werde doch wieder deutsche Ware gekauft, das Geld bleibe also dieser Einwand wurde auch von Schweizer Seite vorgebracht. Im Lande, vorausgesetzt natürlich, daß Deutschland überhaupt Waren erzeuge. Einfuhrverbote verhindern die Waren und verhindern, weil sie keine Marktaufnahmen entstehen lassen, auch die Ausfuhr. Wer nicht verkaufen kann, kann auch nicht kaufen. Ebenso dürfte die Ausfuhr nicht durch Preiszuschläge unterbunden werden, wenn man diesen bekommen möße. Alle Ein- und Ausfuhrverbote müßten fallen und die Kriegsgesellschaften nicht nur schweigend abgebaut, sondern schweigend vollständig abgebrochen werden.

Der in der deutschen Kaufmannschaft noch tiefstehende Irrtum, als ob die Schweiz ein Interesse an der Entwertung der deutschen Valuta hätte, müsse vernünftigeren Auffassungen weichen, vor denen auch die Frankensakturierung nicht mehr handhaben kann. Das Hauptmittel zur Stabilisierung der deutschen Valuta wurde von einem anderen Redner in einer großen Anzahl Deutschlands erdacht. Geheimrat Nordens bemerkte dazu, die Schweiz werde in naher Zukunft, sobald die deutschen Steuererträge unter Dach und Fach gebracht seien, Gelegenheit finden, sich an einer solchen Anleihe zu beteiligen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums versicherte im